

Es geht um die Existenz der AGR

Landrat sieht Chance die Probleme zu bewältigen, warnt aber durch eine unverantwortliche Diskussion

„Die durch den Konkurs der Firma Hans Brochier ausgelöste schwierige Situation bei der AGR wird offensichtlich dazu missbraucht um das Unternehmen, die technische Anlage mit dem dahinter stehenden Know-how und mithin auch die ganze Belegschaft aus ideologischen Gründen in ein schiefes Bild zu rücken. Unter dem Deckmantel der Besorgnis für die Umwelt und aus der Motivation der politischen Profilneurose heraus betreiben einige Gruppen, u.a. auch Vertreter der Hertener Grünen eine Kampagne, die nichts mehr mit der Sache selbst zu tun hat.“ Mit diesen deutlichen Worten kritisiert Landrat Jochen Welt die Art und Weise wie gegen das angeschlagene Unternehmen öffentlich vorgegangen wird. „Die Situation der AGR ist zweifelsohne äußerst schwierig. Sie ist aber händelbar und zu bewältigen, wenn mit Sachverstand, Verantwortungsbewusstsein und Fingerspitzengefühl zwischen der AGR und dem Insolvenzverwalter der Firma Hans Brochier ein tragfähiges Konzept abgestimmt wird. Wenn aber neben den vorhandenen Schwierigkeiten von außen ein politisches Unwetter loszutreten versucht wird, dann ist das verantwortungslos und schädlich für das Unternehmen und auch schädlich für die Region, weil wir ein handlungsfähiges und starkes Unternehmen brauchen. Es geht darum die Müllentsorgung zukunftssicher auf den bestmöglichen technischen Stand anzubieten. Dazu gehören auch die von der AGR betriebenen Deponien. Ohne die AGR kämen unsere Kommunen in eine Situation, dass sie dafür auch finanziell einspringen müssten. Jetzt hantieren einige mit Strafanzeigen nicht bewiesenen Vermutungen spekuliert um in die Schlagzeilen zu kommen. Damit droht der schmale Grat der Sanierung unpassierbar zu werden. Ein solches Vorgehen ist unverantwortlich und auf das Schärfste zu verurteilen. Dabei steht außer Frage, dass die Hintergründe für die jetzige Situation aufgeklärt werden müssen. Der Aufsichtsrat der hat dazu die Durchführung einer umfassenden Untersuchung beschlossen. Oberste Priorität ist jetzt die Existenzsicherung des Unternehmens aus regionalwirtschaftlichem Eigeninteresse. Ebenso geht es auch um die Sicherung der Arbeitsplätze bei der AGR.“